Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorwort . . . III

Vorwort zur 2. Auflage . . . V

Abkürzungsverzeichnis . . . XXXI

Literaturverzeichnis . . . XXXVII

Hinweise für den Benützer . . . XLI

1. Kapitel: Abstammungsrecht

I. Allgemeine Grundsätze . . . 1
A. Rechtsentwicklung . . . 2
1. Rechtslage seit dem AußStrG 2003 . . . 2
2. Beseitigung der Unterscheidung zwischen ehelichen und unehelichen Kindern . . . 3
3. Wegfall der sog Legitimation des Kindes durch Eheschließung . . . 3
B. Biologische Abstammung – rechtliche Mutter- und Vaterschaft . . . 4
1. Unterscheidung zwischen biologischer und rechtlicher Abstammung . . . 4
2. Rechtsansprüche des „bloß" biologischen Vaters? . . . 4
C. Handlungsfähigkeit in Abstammungssachen . . . 5
1. Rechtshandlungen in Abstammungssachen . . . 6
2. Pflicht des gesetzlichen Vertreters . . . 7
3. Kindeswohl im Abstammungsverfahren? . . . 8
D. Rechtsnachfolge im Abstammungsrecht . . . 8
E. Klärung der Abstammung als Vorfrage? . . . 10
1. Beurteilung der Vaterschaft im Abstammungsverfahren . . . 10
2. Inzidente Klärung der Abstammung? . . . 11
a) Beginn der Verjährungsfrist für Regressansprüche . . . 11
b) Vorfrageweise Vaterschaftsfeststellung im Regressprozess? . . . 12
c) Vaterschaftsfeststellung im Kontaktrechtsverfahren? . . . 14
F. Ehehindernis der Vaterschaft . . . 15
II. Abstammung von der Mutter . . . 16
A. Legaldefinition der Mutterschaft . . . 16
B. Feststellung der Mutterschaft . . . 16
1. Klärung der Mutterschaft bei ausländischem Kind . . . 16
2. Grundsätzliche Zulässigkeit eines Mutterschaftsverfahrens . . . 18
C. Babyklappe und anonyme Geburt . . . 18
D. Leihmutterschaft . . . 19
1. Leihmutterschaft in Österreich . . . 19
2. Leihmutterschaft im Ausland . . . 20
III. Abstammung vom Vater . . . 23
A. Gesetzliche Vaterschaftsfeststellung . . . 25
B. Anerkenntnis der Vaterschaft/Elternschaft . . . 25
1. Persönliche Erklärung . . . 25

Bibliografische Informationen
http://d-nb.info/1230915613

digitalisiert durch DEUTSCHE NATIONAL BIBLIOTHEK

2. Inhalt des Anerkenntnisses ... 27
3. Einlangen beim Standesbeamten ... 27
4. Widerspruch gegen das Anerkenntnis ... 28
5. „Vaterschaftsdurchbrechendes" Anerkenntnis ... 29
a) Bestehen einer rechtlichen Vaterschaft ... 29
b) Mitwirkung von Kind und Mutter ... 30
C. Gerichtliche Feststellung der Vaterschaft ... 32
1. Klärung der biologischen Abstammung ... 32
2. Beweiserleichterung bei Antrag des Kindes ... 32
a) Ausschlussbeweis bei Zeugungsvermutung ... 32
b) Gleichrangigkeit von Abstammungsbeweis und Zeugungsvermutung ... 33
3. Abstammungsfeststellung nach dem Tod des Vaters ... 35
a) Antragsfrist ... 35
b) „Sphärenregelung" ... 36
D. Vaterschaftsfeststellung bei bestehender Abstammung ... 37
1. Allgemeines ... 37
2. „Vätertauschverfahren" ... 37
a) Antragsrecht des Kindes ... 38
b) Kein Antragsrecht des biologischen Vaters ... 38
c) Antragsrecht des biologischen Vaters in der Rechtsprechung des EGMR ... 41
d) Verfahrensparteien ... 43
e) Keine Befristung ... 44
f) Rückwirkender „Vätertausch" ... 44
E. Feststellung der Nichtabstammung vom Ehemann der Mutter ... 45
1. Antragsrecht ... 46
a) Antragsrecht des Kindes und des Ehemanns ... 46
b) Verzicht auf das Bestreitungsrecht? ... 47
2. Befristung des Antragsrechts ... 48
a) Antragsfrist ... 49
b) 30-Jahres-Frist ... 50
3. Beweiskräftige „Umstände" ... 50
a) Objektiver Maßstab ... 50
b) Subjektive Zweifel ... 52
c) Zeugungsunfähigkeit ... 52
d) „Verdrängen" und Irrtum ... 52
e) Kenntnis vom Mehrverkehr der Mutter ... 53
f) Äußerungen der Mutter ... 54
g) „Verfrühter" Verfahrensbeginn? ... 54
h) Unterlassung der Verfahrenseinleitung ... 55
F. Rechtsunwirksamerklärung des Anerkenntnisses ... 55
1. Wirksamkeit des Anerkenntnisses ... 56
2. Befristung des Antragsrechts ... 56
3. Beweiskräftige Umstände ... 57
a) Objektive Möglichkeit einer Klärung der Abstammung ... 57
b) Nachträgliche Verdachtsgründe ... 59
4. 30-Jahres-Frist ... 60
5. Irrtum, List und Drohung ... 61
G. Verfahrensrechtliche Grundsätze ... 62
1. Anzuwendendes Sachrecht ... 62

2. Parteistellung ... 63
3. Untersuchungsgrundsatz ... 64
a) Amtswegige Beweisaufnahme ... 64
b) Säumnisfolgen im Abstammungsverfahren? ... 65
4. Vorrang objektiver Beweismittel ... 66
a) Wissenschaftliche Methoden ... 66
b) Vaterschaftswahrscheinlichkeit ... 67
5. Exhumierung des potenziellen Vaters ... 68
6. Verwertung von Gewebeproben aus anderen Verfahren? ... 69
7. Kein Erkundungsbeweis ... 70
8. Mitwirkungspflichten der Parteien ... 70
a) Verpflichtung zur Zulassung einer Untersuchung ... 70
b) Verweigerung der Mitwirkung ... 72
c) Durchsetzung der Mitwirkungsverpflichtung ... 72
9. Antragszurückziehung ... 73
10. Kostenersatzpflicht ... 74
11. Heimliche Vaterschaftstests ... 78
H. Vertrag über das Unterbleiben der Vaterschaftsfeststellung ... 79
I. Geldansprüche des sog Scheinvaters ... 80
1. Unterhaltsforderungen gegen den biologischen Vater ... 80
a) Rechtsansprüche des Scheinvaters ... 80
b) Bereicherungsanspruch nach § 1042 ABGB ... 81
c) Dreijahresfrist ab rechtskräftiger Statusentscheidung ... 82
d) Rechtsirrtum des Leistenden ... 83
e) Rückzahlung von Unterhaltsvorschüssen ... 83
2. Schadenersatzanspruch gegen die Mutter ... 84
a) Unterlassung der Aufklärung ... 84
b) Wahrheitswidrige Erklärung der Mutter ... 85
c) Bedingter Vorsatz ... 87
d) Beginn der Verjährungsfrist ... 87
IV. Medizinisch unterstützte Fortpflanzung ... 88
A. Zulässige Formen der Fortpflanzungsmedizin ... 89
1. Allgemeines ... 89
2. Verbot der In-vitro-Fertilisation mit Spendereizellen oder -samen 90
a) Rechtsprechung des EGMR ... 90
b) Konventionswidrige Rechtslage? ... 93
B. Beschränkung der medizinisch unterstützten Fortpflanzung auf Ehe, eingetragene Partnerschaft und Lebensgemeinschaft ... 93
1. Zulässigkeit fortpflanzungsmedizinischer Techniken für gleichgeschlechtliche Partnerschaften ... 94
2. Medizinisch unterstützte Fortpflanzung nach dem Tod des Mannes? ... 96
C. Rechtliche Abstammungsverhältnisse ... 97
1. Zustimmung mit Notariatsakt ... 97
2. Zweiter rechtlicher Elternteil ... 97
3. Medizinisch unterstützte Fortpflanzung in einer Ehe ... 99
4. Medizinisch unterstützte Fortpflanzung in einer Lebensgemeinschaft ... 99
V. Abstammungssachen mit Auslandsbezug ... 100
A. Zuständigkeit/Verfahrensform ... 100
B. Einzelfragen ... 101

C. Anerkennung ausländischer Abstammungsentscheidungen 103

2. Kapitel: Adoptionsrecht

I. Allgemeine Grundsätze 106
A. Rechtsbeziehung aufgrund eines Vertrags 106
1. Reichweite des adoptionsrechtlichen Verhältnisses 106
2. Kontakt- und Auskunftsrechte der leiblichen Eltern? 108
3. Scheidung der Adoptiveltern 109
4. Adoptionshindernisse 109
a) Ordensgeistliche 109
b) Vermögensverwalter 109
B. Schutzprinzip – Interessenprinzip 110
C. Kindschaftsähnliche Beziehung 111
D. Wirkungen der Adoption 112
1. Unterhaltspflicht 112
2. Erbrecht 113
E. Prinzip der Einzeladoption 114
F. Adoption durch Ehegatten 114
1. Gemeinsame Adoption durch Ehegatten 114
2. Adoption durch nur einen Ehegatten 115
a) Adoption des Kindes des Ehegatten 115
b) Scheidungsverfahren und Trennung 115
c) Rechtliche Unmöglichkeit der Adoption 115
d) Generalklausel 116
G. Adoption durch gleichgeschlechtliche Partner 117
H. Adoption unter Verwandten? 120
II. Bewilligungsvoraussetzungen 122
A. Kein Recht auf Adoption 123
B. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung einer Adoption 123
1. Entscheidung erster Instanz 123
2. Volljährigkeit im Entscheidungszeitpunkt 124
C. Entscheidungsfähigkeit der Wahleltern 125
D. Altersgrenzen 125
1. Mindestalter 125
2. Altersunterschied 125
3. Höchstalter für Adoptionen? 126
E. Adoptionsinteresse 127
1. Minderjährigen-Adoption 127
a) Kindschaftsähnliche Beziehung 127
b) Kindeswohl 128
2. Erwachsenenadoption 128
a) Eingeschränkte Zulässigkeit 129
b) Eltern-Kind-Beziehung 129
aa) Enges kindschaftsähnliches Verhältnis 129
bb) Hausgemeinschaft 132
cc) Beistandsleistungen 133
dd) Urlaubskontakte 134
ee) Umgehung der fremdenrechtlichen Regelungen 134
c) Beweispflicht 136
F. Adoptionsstatut 136

1. Gesetzeszweck ... 136
2. Kumulative Rechtsanwendung ... 138
a) Zulässigkeitsprüfung ... 138
b) Ermittlung des ausländischen Rechts ... 140
c) Ordre public ... 141
d) Beendigung der Adoption ... 142
G. Zustimmungs- und Anhörungsrechte ... 142
1. Zustimmungsrecht ... 142
a) Zustimmungsrecht nach österreichischem Recht ... 142
b) Zustimmungsrecht nach ausländischem Recht ... 145
c) Abgabe der Zustimmungserklärung ... 145
d) Widerruf der Zustimmung ... 146
2. Entfall des Zustimmungsrechts der Eltern ... 147
a) Gesetzliche Vertretung beim Vertragsabschluss ... 147
b) Unbekannter Aufenthalt ... 147
c) „Schweigerecht" der Mutter ... 148
3. Ersetzung der Zustimmung ... 149
a) Ersetzung nur in Ausnahmefällen ... 149
b) Interessenvergleich ... 150
c) Gerechtfertigte Weigerung ... 151
d) Ungerechtfertigte Weigerung ... 152
e) Verfahrensrechtliche Aspekte ... 153
4. Anhörungsrecht ... 154
a) Allgemeines ... 154
b) Leibliche Kinder des Annehmenden ... 155
aa) Eingeschränkte Parteistellung ... 155
bb) Interessenvergleich ... 157
cc) Unterhaltsgefährdung ... 157
dd) Erbrechtliche Konsequenzen ... 158
ee) Kollisionskurator ... 158
5. Inkognitoadoption ... 160
a) Begriff ... 160
b) Entfall des Zustimmungsrechts ... 161
c) Keine Akteneinsicht für leibliche Verwandte ... 162
d) Recht auf Kenntnis der Abstammung ... 163
III. Zustandekommen der Adoption ... 163
A. Allgemeines ... 164
B. Abschluss des Adoptionsvertrags ... 164
1. Vertragsabschluss ... 164
2. Schriftform ... 165
C. Bewilligung der Adoption ... 166
1. Gesamtentscheidung ... 166
2. Vertragsdatum und Wirksamwerden der Adoption ... 167
3. Verfahrensrechtliche Einzelfragen ... 168
a) Fehlen eines Vertrags ... 168
b) Ausreichend bestimmtes Begehren ... 169
c) Neuer Antrag ... 169
d) Einholung einer Strafregisterauskunft ... 169
e) Rechtsmittelverfahren ... 169
f) Kein Abänderungsverfahren ... 170
g) Kein Kostenersatz ... 170

IV. Widerruf und Aufhebung der Adoption ... 170
A. Beseitigung der Adoption ... 171
B. Widerruf der Adoptionsbewilligung ... 173
C. Aufhebung der Adoption ... 174
1. Kindeswohlgefährdung ... 175
2. List ... 176
3. Ehescheidung/Auflösung der eingetragenen Partnerschaft ... 177
4. Enttäuschte Erwartungen ... 178
5. Gemeinsamer Antrag ... 178
6. Tod eines Wahlelternteils ... 178
V. Internationale Adoptionen ... 179
A. Allgemeines ... 179
B. Internationale Zuständigkeit ... 180
C. (Revidiertes) Europäisches Adoptionsübereinkommen ... 180
D. Haager Adoptionsübereinkommen (HAÜ) ... 181
1. Zusammenarbeit auf dem Gebiet internationaler Adoptionen ... 181
a) Schutz der Kinder bei internationalen Adoptionen ... 181
b) Form der internationalen Zusammenarbeit ... 181
c) Verhältnis zum IPR ... 182
2. Anwendungsbereich ... 183
a) Übersiedlung des Minderjährigen in einen anderen (Vertrags-) Staat ... 183
b) Keine Anwendung bei Aufenthalt im selben Vertragsstaat oder in einem Nicht-Vertragsstaat ... 183
c) Zwingendes Recht ... 184
d) Altersgrenze von 18 Jahren ... 185
E. Anerkennung ausländischer Adoptionsentscheidungen ... 185
1. Anerkennung einer Adoption nach dem Haager Adoptionsübereinkommen in den Vertragsstaaten ... 186
2. Adoption außerhalb des Haager Adoptionsübereinkommens ... 186
3. Fakultatives Anerkennungsverfahren ... 187
a) Feststellung der Wirksamkeit der Adoption zwischen den Beteiligten ... 187
b) Anerkennungsfähige Entscheidung ... 188
c) Rechtskraft der Adoptionsentscheidung ... 189
d) Anerkennungsverfahren ... 189

3. Kapitel: Kindeswohl und Elternpflichten

I. Beistandspflicht zwischen Eltern und Kindern ... 191
A. Altersunabhängige Unterstützungspflicht ... 192
B. Rechtspflicht (nur) zwischen Eltern und Kindern ... 193
C. Programmatische Gesetzesbestimmung ... 193
II. Einvernehmensgebot zwischen Eltern ... 193
III. Kindeswohl ... 194
A. Leitziel des Kindschaftsrechts ... 195
1. Wichtigstes Ziel und Entscheidungskriterium ... 195
2. Unbestimmter Gesetzesbegriff ... 196
3. Zügige Verfahrensführung und kindliches Zeiterleben ... 198
4. Keine ärztliche Verschwiegenheitspflicht ... 199
5. Bindungstheorie ... 199

B. Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention 200
C. Umschreibung des Kindeswohls im Gesetz 201
1. Gesetzliche Aufzählung von Kindeswohlkriterien 201
2. Keine Reihung oder Gewichtung der gesetzlichen Kindeswohlaspekte 202
3. Grenzen der Berufung auf das „Kindeswohl" 202
D. Eingriffsberechtigung des Gerichts 203
E. Kindeswohlgefährdung 204
1. Objektive Gefährdung der Kindesinteressen 204
2. Aktuelle Beeinträchtigung des Kindeswohls 205
IV. Wohlverhaltenspflicht 205
A. Unterlassungsgebot 206
B. Sanktionen bei Verstoß gegen die Wohlverhaltenspflicht 207
V. Vorzug der einvernehmlichen Regelung 209
A. Rechtsentwicklung 210
B. Vorrang der konsensualen Konfliktlösung 211
1. Förderung von Vereinbarungen der Eltern 211
2. Gerichtliches „Hinwirken" auf das Einvernehmen 211
C. Mediation 212
D. Gerichtliche Kontrolle der Vereinbarungen 213
1. Obsorgebestimmung und vor Gericht geschlossene Vereinbarungen über Obsorge und Kontakte 214
a) Unmittelbar wirksame Vereinbarungen vor Standesamt und Gericht 214
b) Gerichtliche Nachkontrolle 214
2. Außergerichtliche Vereinbarungen über Obsorge und Kontakte . 215
3. Vor Gericht geschlossene Unterhaltsvereinbarungen 215
VI. Vertretungsrechte und Unterstützungspflichten 215
A. Gesetzliches Vertretungsrecht des nicht obsorgeberechtigten Elternteils 216
B. Gesetzliches Vertretungsrecht in „Patchworkfamilien" 217
1. Patchworkfamilien 217
2. Unterstützungspflicht des Ehegatten 217
a) Besondere Beistandspflicht in der Patchworkfamilie 217
b) Keine gerichtlich durchsetzbare Pflicht 218
c) (Mit-)Obsorge während aufrechter Ehe 218
3. Schutzpflicht im Zusammenleben mit dem Kind 219
4. Vertretungsrecht des Ehegatten des Obsorgeberechtigten 219
a) Vertretungsbefugnis aller Stiefelternteile 220
b) Inhalt des Vertretungsrechts 220
c) Vertretungsbefugnis bei Erforderlichkeit 221
5. Vertretungsrecht im Zusammenleben mit dem Kind 222

4. Kapitel: Obsorge

I. Allgemeine Grundsätze 226
A. Obsorge-Begriff 226
1. Verantwortung gegenüber dem Kind 226
2. Gesetzliche Vertretung 226
3. Verjährungshemmung durch Obsorge 227
B. Absoluter Schutz 228

1. Räumungsanspruch gegen das Kind? 228
2. Wohnrecht der Mutter im Haus des Vaters kraft Obsorge? 229
C. Kein Verzicht auf die Obsorge 231
II. Umfang der Obsorge 232
A. Pflege und Erziehung des Kindes 234
1. Begriff der Pflege und Erziehung 234
a) Versorgung, Betreuung und Förderung des Kindes 234
b) Familienautonomie versus Kindesinteresse 234
c) „Erziehungsberechtigter" 235
d) Haftung des Kindes und der Obsorgeberechtigten 235
2. Bestimmung des Aufenthalts des Kindes 237
a) Pflege- und Erziehungsbefugnis 237
b) Verhältnis zwischen Aufenthaltsbestimmungsrecht und Kontaktrecht 238
c) Notwendigkeit von Erziehungsmaßnahmen 239
d) Betreuung durch dritte Personen 240
e) Kindeswohlgefährdung 240
f) Gerichtsbeschluss 241
g) Rückgabe des Kindes gegen dessen Widerstand 244
h) Kostenersatz für den Aufwand der Rückholung des Kindes .. 245
i) Reisedokumente 245
j) E-Card des Kindes 246
k) Auszug des minderjährigen Kindes aus dem Haushalt der Eltern 247
3. Bestimmung des Wohnorts des Kindes 248
a) Unterscheidung zwischen Festlegung des Aufenthalts und des Wohnorts 248
b) Alleinobsorge eines Elternteils 248
c) Recht des überwiegend betreuenden Elternteils zur Wohnortbestimmung für das Kind 249
d) Obsorge beider Eltern ohne Aufenthaltsfestlegung für das Kind 251
e) Kindeswohlgefährdung durch Wohnsitzverlegung ins Ausland? 252
aa) Einzelfallbezogene Beurteilung des Kindeswohls 252
bb) Kriterien für die Beurteilung der Entwicklungsbedürfnisse des Kindes 253
4. Namensgebung 255
a) Familienname des Kindes 255
b) Namensbestimmungsrecht der pflege- und erziehungsberechtigten Person 256
c) Namensbestimmung durch mündige Minderjährige 257
d) Namensänderung 258
aa) Zivilrechtliche oder verwaltungsbehördliche Namensänderung 258
bb) Namensänderung nach Trennung der Eltern oder Scheidung ihrer Ehe 259
cc) Stellung des nicht obsorgeberechtigten Elternteils im Verwaltungsverfahren 260
dd) Kriterien für eine verwaltungsbehördliche Namensänderung 261

ee) Namensänderung bei beiderseitiger Obsorge 262
e) Vorname des Kindes 263
5. Ausbildung des Kindes 265
a) Differenzen über die Ausbildung 265
b) Schulwahl 265
aa) Entscheidungsbefugnis des obsorgeberechtigten Elternteils 265
bb) (Vorläufige) Regelung durch das Gericht 266
cc) Anhörungsrecht des nicht obsorgeberechtigten Elternteils 266
dd) Öffentliche Schule – Maturaschule 266
6. Medizinische Maßnahmen 267
a) Medizinische Behandlung 268
b) Entscheidungsfähigkeit 269
c) Behandlung des nicht entscheidungsfähigen Kindes 270
d) Behandlung des entscheidungsfähigen Kindes 271
e) Schwere Beeinträchtigung 272
f) Psychotherapie 273
g) Schwangerschaftsabbruch und Sterilisation 274
h) Beschneidung des männlichen Kindes 275
B. Vermögensverwaltung 275
1. Mündelsichere Veranlagung 275
2. Rechnungslegungspflicht 277
3. Verwendung des Kindesvermögens 278
4. Vermögensvermehrung und Kindeswohl 279
5. Gerichtliche Kontrolle der Vermögensverwaltung 280
6. Gerichtliche Genehmigungspflicht für Mündelgeldanlagen 283
7. Genehmigungspflichtige Zahlungen an das Kind 284
8. Herausgabeanspruch des Kindes 285
9. Keine Rechnungslegungspflicht über Unterhaltsbeiträge 286
III. Obsorgeberechtigte Personen 287
A. Allgemeines 287
B. Eltern und Großeltern 289
C. Pflegeeltern 289
1. Pflegeelternschaft kraft Gesetzes 290
2. Keine „Bestätigung" der Pflegeelternschaft 290
3. Tatbestandsmerkmale der Pflegeelternschaft 291
a) Kinderbetreuung 291
b) Geschlechtsunabhängiger Pflegeeltern-Begriff 292
c) Wegfall der Pflegeeltern-Eigenschaft 292
d) Keine Pflegeeltern 293
e) Rechtsstellung der Pflegeeltern 293
4. Antrags- und Rechtsmittellegitimation 294
5. Keine gemeinsame Obsorge mit dem Pflegeelternteil 295
6. Trennung der Pflegeeltern 297
7. Obsorge bei freiwilliger Fremdunterbringung 297
8. „Vetorecht" der Eltern 298
9. Rückübertragung der Obsorge 298
IV. Obsorge der Eltern 299
A. Neuregelung der Obsorge nach Maßgabe des Kindeswohls 300
1. Obsorgeentscheidung nach Kindeswohl 300
2. Obsorgeänderung nach Kindeswohl 300

B. Miteinander verheiratete Eltern ... 300
C. Nicht miteinander verheiratete Eltern ... 301
1. Konventionswidrige Rechtslage vor dem KindNamRÄG 2013 ... 301
2. Alleinobsorge der Mutter ... 302
3. Vereinbarung der gemeinsamen Obsorge beim Standesamt ... 303
a) Einvernehmliche Obsorgebestimmung ... 303
b) Keine Obsorgebestimmung beim Standesamt nach gerichtlicher Regelung ... 304
c) Verständigungspflichten ... 304
D. Obsorgevereinbarung der Eltern ... 304
1. Einvernehmliche Obsorgeregelung ... 304
2. Betrauung mit der gesamten oder beschränkten Obsorge ... 305
3. Genehmigungsverfahren? ... 306
4. Unzulässige Obsorgevereinbarungen ... 306
E. Aufenthaltsvereinbarung der Eltern ... 307
1. Weiterbestand des gesetzlichen „Eingliederungsmodells" ... 307
2. Fehlen einer „häuslichen Gemeinschaft" ... 308
3. Ausübung der gemeinsamen Obsorge über große Distanz? ... 309
F. Ansprüche der Mutter gegen den Vater im Zusammenhang mit der Geburt ... 310
V. Obsorge bei Verhinderung der Eltern ... 311
A. Tatsächliche Verhinderung an der Obsorgeausübung ... 311
1. Verhinderungsgründe ... 311
2. Verhinderung bei Obsorge beider Eltern ... 312
3. Verhinderung bei Alleinobsorge ... 313
4. Vorrang des leiblichen Elternteils? ... 314
a) Eltern – Großeltern – Pflegeeltern ... 314
b) Kein Vorrecht aufgrund des familienrechtlichen Status ... 315
5. Obsorge zwischen dem Verhinderungsfall und der gerichtlichen Entscheidung ... 319
6. Obsorgeregelung vor Verhinderung des Obsorgeberechtigten? ... 320
B. Minderjährigkeit und verminderte Entscheidungsfähigkeit bei Volljährigen ... 320
C. Vermögenszuwendung bei Obsorgeausschluss ... 322
VI. Obsorge bei Eheauflösung oder Beendigung des Zusammenlebens ... 323
A. Fortführung der Obsorge beider Eltern ... 324
1. Gesetzlicher Regelfall der gemeinsamen Obsorge ... 324
2. Regelungspflicht bei Trennung oder Scheidung der Eltern ... 325
3. Zeitpunkt der Auflösung der häuslichen Gemeinschaft ... 326
B. Vereinbarungen über die Obsorge oder die Betreuung nach Auflösung der Ehe oder häuslichen Gemeinschaft ... 327
1. Vereinbarung der gemeinsamen Obsorge? ... 327
2. Festlegung der hauptsächlichen Betreuung des Kindes ... 327
3. Zulässigkeit einer „4 : 3-Vereinbarung" ... 329
4. Zulässigkeit der „Doppelresidenz" in Ausnahmefällen ... 331
a) Wechselmodell und Doppelresidenz ... 331
b) Verfassungswidrigkeit der Bestimmungen über die verpflichtende Festlegung einer „hauptsächlichen Betreuung"? ... 333
c) Festlegung der „hauptsächlichen Betreuung" auch bei Doppelresidenz ... 335
5. Zulässigkeit des sog Nestmodells ... 338

C. Stellung des hauptsächlich betreuenden Obsorgeberechtigten 338
D. Stellung des nicht überwiegend betreuenden Obsorgeberechtigten .. 339
VII. Änderung der Obsorge 341
A. „Phase der vorläufigen elterlichen Verantwortung" 342
1. Rechtspolitische Entscheidung für ein „Bewährungsmodell" 342
2. Anwendungsbereich 344
a) (Neu-)Regelung der Obsorge oder Betreuung 344
b) Verfahrenseinleitung auf Antrag oder von Amts wegen 345
c) Strenge Bindung an das Kindeswohl 345
3. Beschluss über die Einleitung der Phase 347
a) Wesen der Phase nach § 180 ABGB 347
b) Funktionelle Zuständigkeit 347
c) Beginn mit Rechtskraft des Beschlusses 348
d) Erhebungen vor Anordnung der Testphase 348
e) Inhalt der gerichtlichen Entscheidung 349
f) Verbindlichkeit der Entscheidung 351
4. Betreuungsaufgaben bei unveränderten Obsorgeverhältnissen? .. 351
5. Verlängerung und Verkürzung des Beobachtungszeitraums 352
6. Obsorgeentscheidung aufgrund der „Erfahrungen" der Testphase 352
a) „Endgültige Entscheidung" 352
b) Gemeinsame Obsorge als Standard 353
c) Verhinderung der Kommunikation? 357
d) Anordnung von Maßnahmen nach § 107 Abs 3 Z 1 und 2 AußStrG 358
e) Gerichtliche Anordnung der Obsorge beider Eltern 360
f) Gerichtliche Regelung der hauptsächlichen Betreuung 363
g) Gerichtliche Anordnung der gleichteiligen Betreuung 364
B. Neuerlicher Antrag auf Änderung der Obsorge 366
1. Voraussetzung einer nachträglichen Obsorgeänderung 366
2. Änderung der vereinbarten oder gerichtlichen Obsorgeregelung . 367
3. Änderung der hauptsächlichen Betreuung 368
4. Änderung der „Verhältnisse" 368
5. Zeitpunkt einer Änderung der Verhältnisse 371
C. Wesentliche Kriterien für Obsorgeregelungen 373
1. Kindeswohl 373
2. Gegenüberstellung der Lebensumstände beider Eltern 375
3. Gleichberechtigung von Mutter und Vater 376
4. Eignung der Eltern zur Obsorgeausübung 377
a) Erziehungsfähigkeit (Erziehungseignung) 377
b) Kooperationsfähigkeit und -bereitschaft der Eltern 381
c) Berufstätigkeit 381
d) Sexuelle Orientierung 383
e) Scheidungsverschulden 383
5. Bindung des Kindes an die Eltern 384
6. Bindungstoleranz und Sicherstellung der Kontakte zum anderen Elternteil 384
7. Erziehungs- und Betreuungskontinuität 388
8. Willensäußerung des Kindes 392
9. Gemeinsames Aufwachsen von Geschwistern 392
10. Materielle Interessen 393
11. Einzelfälle 394

VIII. Obsorgeentziehung ... 396
A. Eingriff in die Familienautonomie ... 397
B. Kindeswohlgefährdung ... 398
1. Obsorgeentziehung als „Notmaßnahme" ... 398
2. Mangelnde Erziehungsfähigkeit ... 399
3. Gewaltausübung ... 401
4. Wohnsitzwechsel ... 403
5. Mangelnde Bindungstoleranz ... 403
C. Obsorgewechsel aus wichtigen Gründen ... 404
D. Einzelfälle ... 404
E. Aufhebung der Obsorgeentziehung? ... 405
IX. Obsorgeeinschränkung ... 406
A. Formen der Obsorgebeschränkung ... 406
B. Kindeswohlgefährdung ... 408
C. Verbote und Auflagen an Obsorgeberechtigte wegen Kindeswohlgefährdung ... 410
X. Obsorge einer anderen Person ... 413
A. Allgemeines ... 414
B. Obsorgebetrauung des Kinder- und Jugendhilfeträgers gem § 207 ABGB ... 414
1. Begriff des Kinder- und Jugendhilfeträgers ... 414
2. Im Inland gefundene Kinder ... 415
3. Minderjährige Mutter ... 416
4. Beschränkung auf Kinder mit österreichischer Staatsbürgerschaft 416
C. Obsorgeübertragung an den Kinder- und Jugendhilfeträger gem § 209 ABGB ... 417
1. Kindeswohlgefährdung in der Familie ... 417
2. Subsidiäre Obsorgebetrauung des Kinder- und Jugendhilfeträgers 418
3. Unbegleitete Minderjährige ... 419
4. Bestellung des Kinder- und Jugendhilfeträgers ... 422
5. Auswahl der Pflegepersonen ... 422
D. Interimskompetenz des Kinder- und Jugendhilfeträgers gem § 211 ABGB ... 424
1. Kindeswohlgefährdung ... 424
2. Übergang der Obsorge auf den Kinder- und Jugendhilfeträger .. 425
3. Gerichtsbeschluss über die Zulässigkeit der Maßnahme ... 428
a) Umsetzung der Rechtsprechung über eine gerichtliche Kontrolle der Kindesabnahme ... 428
b) Grundrechtliche Vorgaben des EGMR ... 429
c) Ausspruch des Gerichts über die Zulässigkeit der Maßnahme 430
4. Aufhebung der Maßnahme durch den Kinder- und Jugendhilfeträger ... 432
5. Gerichtliche Überprüfung nach Beendigung der Maßnahme des Kinder- und Jugendhilfeträgers ... 433
6. Rückführung des Kindes zu den Eltern ... 435
a) Abwägung der Vor- und Nachteile einer Rückführung ... 435
b) Unterschiedlicher Maßstab bei Kindesabnahme und Kindesrückführung ... 436
XI. Vertretungshandlungen ... 441
A. Geschäftsfähigkeit des Kindes ... 442
B. Prozessfähigkeit des Kindes ... 444

C. Grundsatz der Alleinvertretung 446
D. Zustimmungspflichtige Vertretungshandlungen 447
E. Genehmigungsbedürftige Vertretungshandlungen 447
1. Generalklausel 447
2. Rechtsgeschäfte 449
a) Kriterien für die gerichtliche Genehmigung 449
b) Gerichtliche Genehmigung des Vertragsentwurfs 450
c) Schenkungsvertrag 450
d) Veräußerung von Liegenschaften 457
e) Schadenersatzansprüche des Kindes 459
f) Mietvertrag 460
g) Kaufvertrag 460
h) Darlehensvertrag 461
3. Unterhaltsregelungen 461
4. Prozessführung 462
a) Prozesseinleitung 462
b) Keine Entscheidungsbefugnis des Prozessgerichts 466
c) Medienrechtliche Entschädigungsanträge 466
d) Schutz vor Gewalt und Stalking 468
e) Erbrechtsstreit 468
f) Passivprozesse 469
g) Genehmigungspflicht für Prozesshandlungen? 469
h) Prozesshindernis 470
i) Vollmachtserteilung an den Rechtsanwalt 470
5. Vertretung des Kindes im Verlassenschaftsverfahren 471
6. Stiftung 471
7. Sonstiges 473
8. Bestellung eines Kollisionskurators 475
a) Interessenwiderstreit 475
b) Bloße Auffassungsunterschiede zwischen Kind und Eltern . . . 476
c) Bestellung eines Kollisionskurators in Unterhaltssachen 477
d) Person des Kollisionskurators 479
9. Genehmigungsbeschluss 479
a) Form und Inhalt der Gerichtsentscheidung 479
b) Genehmigung eines Vertragsentwurfs 480
c) Teilgenehmigung einer Klagsführung? 480
d) Parteistellung im Genehmigungsverfahren 481

5. Kapitel: Persönliche Kontakte

I. Persönliche Kontakte zwischen Kind und Eltern 484
A. Vom „Besuchsrecht“ zu den „persönlichen Kontakten“ 484
B. Grundrecht der Eltern-Kind-Beziehung 486
C. Wesen des Kontaktrechts 487
1. Kontakte mit dem getrennt lebenden Elternteil 487
2. Recht des minderjährigen Kindes 489
3. Kontaktpflicht der Eltern 491
4. Kontaktrecht des biologischen, nicht rechtlichen Vaters? 493
5. Zweck des Kontaktrechts 495
6. Kontaktregelung nach den Bedürfnissen des Kindes 496
D. Unterstützungspflichten des betreuenden Elternteils 498

1. Umfang der Unterstützungspflichten 498
a) Verhaltenspflichten des betreuenden Elternteils 498
b) Keine Anwesenheitspflicht des betreuenden Elternteils 500
c) Pflicht zur Bescheinigung der Verhinderung des Kindes? 500
2. Verletzung der Unterstützungspflichten 501
a) Beugestrafen und Obsorgeentziehung 501
b) Unterhaltsverwirkung 501
c) Schadenersatzanspruch 502
E. Verhaltenspflichten des kontaktberechtigten Elternteils 505
1. Konfliktfreie Ausübung der Kontakte 505
2. Einhaltung der Kontaktzeiten 507
3. Erledigung von Schulaufgaben 507
F. Einvernehmliche Regelung 508
1. Vorrang der einvernehmlichen Kontaktregelung 509
2. Genehmigungsbedürftigkeit der außergerichtlichen Vereinbarung 509
3. Sicherung der Vereinbarung durch Konventionalstrafe? 510
G. Pflichtteilsminderung bei Fehlen eines Naheverhältnisses zwischen Kind und Elternteil 511
1. Pflichtteilsminderung mit letztwilliger Anordnung 511
2. Ausdrückliche oder schlüssige Pflichtteilsminderung 511
3. Naheverhältnis zwischen verstorbener Person und Pflichtteilsberechtigtem 512
4. Keine Pflichtteilsminderung bei grundloser Kontaktverweigerung 514
5. Pflichtteilsminderung gegenüber Enkelkindern? 515
II. Gestaltung der persönlichen Kontakte 515
A. Ermessensentscheidung 516
B. Erhebliche Umstandsänderung 517
C. Inhaltliche Vorgaben 517
1. Regelmäßige Kontakte 517
2. Kontaktregelung für Geschwister 518
3. Kontakte ohne Begleitperson und örtliche Bindung 518
D. Übernahme/Übergabe des Kindes 520
1. Abholung und Zurückbringen des Kindes durch den Kontaktberechtigten 520
2. Mitwirkung des betreuenden Elternteils 521
E. Telefonkontakte und Briefe 524
F. Ausmaß der Kontakte 528
1. Echtes Naheverhältnis 528
a) Konkretes Kindeswohl 528
b) Kein „gelegentlicher Besucher“ 529
2. Ausmessung der Kontakte 531
a) „Wochenendbesuchsrecht“? 531
b) Häufigere Kontakte bei Kleinkindern 531
c) Frequenz und Umfang der Kontakte 533
d) Interessen des betreuenden Elternteils 535
3. Kontakte an Wochenenden 536
4. Kontakte an Werktagen 539
5. Beginn und Ende der Kontakte 540
6. Feiertage und Geburtstage 541
a) Weihnachten und Ostern 541
b) Geburtstag des Kindes 542

c) Feiertage vor und nach regelmäßigen Kontakten 542
7. Ersatzzeiten 543
8. Urlaubsregelung 544
a) Zweck der Ferienregelung 544
b) Voraussetzungen der Ferienregelung 545
c) Sommer- und Winterurlaub 546
G. Kind bei Pflegeeltern 547
H. Kosten der Ausübung der persönlichen Kontakte 549
1. „Übliches" Kontaktrecht 549
2. Außergewöhnlich hohe Kosten der Kontakte 551
III. Beschränkung der persönlichen Kontakte 554
A. Allgemeines 555
1. Kindeswohlgefährdung 555
a) Kontaktbeschränkung in Ausnahmefällen 555
b) Erleben von Gewalt 556
c) Neue Lebenspartner der Eltern 557
2. Vorübergehende Beschränkung der Kontakte 558
B. Entziehung des Kontaktrechts 558
1. Ultima ratio 559
2. Nachteilige Ausübung der persönlichen Kontakte 561
3. Lebensumstände des Kontaktberechtigten 562
4. Widerstand des Kindes 565
a) Kontaktabbruch auf Verlangen des Minderjährigen 565
b) Ablehnung des Minderjährigen ab 14 Jahren 565
aa) Altersgrenze 566
bb) Keine inhaltliche Prüfung 568
cc) Belehrung durch das Gericht und Versuch der gütlichen Einigung 569
c) Ablehnung des Minderjährigen unter 14 Jahren 570
5. Verhalten gegenüber dem betreuenden Elternteil 573
6. Keine Untersagung der Kontakte 573
a) Ablehnende Haltung des betreuenden Elternteils 573
b) Frühere Interesselosigkeit 574
c) Unterhaltsverletzung 574
d) Verschiedene Erziehungsvorstellungen 575
e) Spannungen zwischen den Eltern 575
f) Ängstlichkeit des Kindes 577
g) Abstrakte Befürchtungen 578
h) Integrierung des Kindes in neuem Familienverband 578
C. Kontaktanbahnung 579
D. Besuchsbegleitung 579
1. Beschränkung des Kontaktrechts 580
2. Zweck der Besuchsbegleitung 581
a) Geschützte Atmosphäre zum Wohl des Kindes 581
b) Übergangslösung zum Beziehungsaufbau oder Dauereinrichtung? 581
3. Besuchsbegleitung auf Antrag und von Amts wegen 585
4. Inhaltliche Voraussetzungen der Besuchsbegleitung 585
5. Vereinbarte Besuchsbegleitung? 589
6. Person des Besuchsbegleiters 590
a) Namhaftmachung durch den Antragsteller 590

b) Eignungsvoraussetzungen des Besuchsbegleiters 591
c) Beteiligung am Verfahren 593
7. Aufgaben des Besuchsbegleiters 593
a) Gerichtliche Regelung der Besuchsbegleitung „in den Grundzügen“ 593
b) Festlegung der Einzelheiten durch den Besuchsbegleiter 596
c) Berichte des Besuchsbegleiters 597
8. Übergabebegleitung 597
9. Mitwirkungspflicht der Eltern 597
10. Parteistellung bei Anordnung der Besuchsbegleitung 598
11. Kosten der Besuchsbegleitung 599
a) Keine gesetzliche Regelung der Kostentragung 599
b) Kostenregelung durch das Pflegschaftsgericht? 600
c) Reduzierung des Kindesunterhalts? 604
d) Schadenersatzanspruch 604
e) Mangelnde Finanzierbarkeit der Kosten einer Besuchsbegleitung? 605
12. Geförderte Besuchsbegleitung 606
IV. Kontaktrechte Dritter 606
A. Kontaktrecht der Großeltern 607
1. Allgemeines 607
2. Zweck des Kontaktrechts der Großeltern 608
3. Untersagung der Kontakte 609
B. Kontaktrecht „dritter“ Personen 612
1. Rechtsentwicklung 612
2. Dritte mit Nahebeziehung zum Kind 613
a) Antragslegitimation 613
b) Kindeswohldienlichkeit von Kontakten 615
c) Umfang der Kontakte mit dem Dritten 616
3. Dritte ohne Nahebeziehung zum Kind 617

6. Kapitel: Informations- und Äußerungsrechte

I. Allgemeines 619
A. Anspruchsberechtigung 620
B. Rechtslage seit dem KindNamRÄG 2013 620
1. Rechtsentwicklung 620
2. Auskunftsrechte für beide Eltern 621
C. Wesen und Zweck des Auskunftsrechts 622
D. Informationsanspruch gegenüber dem Obsorgebetrauten 623
E. Keine Subsidiarität des Informationsanspruchs gegen den Obsorgeberechtigten 623
F. Auskunftsrecht des „bloß“ biologischen Vaters? 624
II. Umfang der Informationsrechte 624
A. Innenverhältnis 625
B. Wichtige Angelegenheiten 626
1. Einzelfälle 626
2. Kein allgemeiner Informationsanspruch 628
C. Schule 629
1. Schulische Angelegenheiten 629
2. Weitergabe von Schulzeugnissen 630

D. Ausdehnung der Rechte bei fehlendem Kontakt 631
1. Zusammenhang zwischen Kontaktrecht und Informationsanspruch 631
2. Unterbleiben des Kontakts 632
3. Minderwichtige Angelegenheiten 632
a) Umfang der sog minderwichtigen Angelegenheiten 632
b) Übermittlung von Fotos 633
4. Informationsbedarf 634
E. Schadenersatz wegen Verletzung der Informationspflicht 635
III. Bedeutung der Äußerungsrechte 638
A. Gleicher Umfang der Informations- und Äußerungsrechte 638
B. Fristgerechte Information zur rechtzeitigen Äußerung 638
C. Äußerungsfrist 638
D. Rechtsfolgen des Widerspruchs 639
IV. Durchsetzung der Rechte 640
A. Gerichtliche Verfügungen 640
1. Eigenes Verfahren 640
2. Stufensystem 641
3. Zwangsmittel 644
B. Parteistellung 644
C. Stellung des Kindes im Verfahren über Informationsrechte 645
1. Verfahrensfähigkeit des Kindes 645
2. Anhörung des Kindes 645
V. Entfall der Rechte 646
VI. Einschränkung und Entziehung der Rechte 647
A. Nachteilige oder unzumutbare Ausübung der Informationsrechte 647
B. Kindeswohlgefährdung 648
C. Einzelfallentscheidung 651

7. Kapitel: Verfahrensrecht

I. Inländische Gerichtsbarkeit 653
A. Anknüpfungspunkte für die internationale Zuständigkeit 653
1. Österreichische Staatsbürgerschaft des Kindes 653
2. Gewöhnlicher Aufenthalt in Österreich 654
3. Vermögen in Österreich 655
4. Kein Tatbestand des § 110 JN 655
B. Verweigerung der Verfahrenseinleitung oder -fortsetzung 655
1. Interessenwahrung im Ausland 655
2. Gerichtsverfahren im Ausland 656
II. Gerichtszuständigkeit 657
A. Gewöhnlicher Aufenthaltsort 657
B. Zuständigkeitsübertragung 658
1. Zustellung des Übertragungsbeschlusses 658
2. Zweckmäßigkeit des Zuständigkeitswechsels 660
3. Offene Anträge 662
4. Keine Teilung der Akten für Geschwister 664
5. Getrennte Übertragung der Zuständigkeit 664
6. Zuständigkeitsübertragung in Wien 664
7. Delegierung einer Pflegschaftssache? 665
III. Parteistellung 666

A. Kind ... 666
B. Eltern ... 667
C. Parteistellung der Großeltern und Pflegeeltern? ... 668
D. Besuchsbegleiter ... 669
E. Geschäftspartner des Kindes ... 669
IV. Antragsprinzip ... 670
A. Gerichtliche Regelung auf Antrag ... 670
B. Inhalt des Antrags ... 671
C. Form des Antrags ... 671
V. Rechtliches Gehör ... 672
A. Stellungnahme zu Verfahrensergebnissen ... 672
B. Wirkung als Verfahrensmangel ... 674
VI. Relative Anwaltspflicht ... 675
VII. Beweisverfahren ... 676
A. Untersuchungsgrundsatz ... 677
1. Amtswegige Sachverhaltsklärung ... 677
2. Behauptungs- und Beweispflicht ... 677
3. Säumnisfolgen ... 678
B. Kein Unmittelbarkeitsgrundsatz ... 679
C. Beweismittel ... 680
1. Allgemeines ... 680
2. Berichte des Kinder- und Jugendhilfeträgers ... 681
a) Beiziehung des Kinder- und Jugendhilfeträgers ... 681
b) Stellung des Kinder- und Jugendhilfeträgers ... 682
c) Beweismittel ... 682
d) Stellungnahmen des Psychologischen Dienstes ... 684
3. Mitwirkung der Familiengerichtshilfe ... 684
a) Begriff der Familiengerichtshilfe ... 685
b) Aufgaben der Familiengerichtshilfe ... 687
c) Durchführung von Erhebungen ... 688
d) Einholung von Auskünften und Akteneinsicht ... 689
e) Berichterstattung an das Gericht ... 689
f) Besuchsmittler ... 691
4. Sachverständigengutachten ... 693
a) Beiziehung eines Sachverständigen ... 694
b) Abgrenzung der Aufgaben des Richters und des Sachverständigen ... 695
c) Person des Sachverständigen ... 696
d) Wahl der Untersuchungsmethoden ... 697
e) Sachverständigenbestellung ... 697
f) Gutachtensauftrag ... 698
g) Beweiskraft des Gutachtens ... 701
h) Privatgutachten ... 702
i) Sachverständigengebühren ... 702
aa) Kostenvorschuss ... 702
bb) Warnpflicht des Sachverständigen ... 702
cc) Gebührenhöhe ... 704
dd) Gebühren für Testverfahren und Aktendokumentation ... 705
j) Kostenersatzpflicht ... 707
aa) Veranlassung der Gebühren iSd § 2 GEG ... 707
bb) Anteilige oder solidarische Haftung? ... 708

cc) (Mit-)Haftung des KJHT? ... 710
dd) (Mit-)Haftung der Pflegeeltern? ... 711
ee) Regressanspruch des zahlenden Elternteils ... 712
VIII. Stellung des Kindes im Verfahren ... 712
A. Allgemeines ... 714
B. Anhörung des Kindes im Verfahren ... 715
1. Kindesanhörung als Beweismittel ... 715
2. Anwendungsbereiche des § 105 AußStrG ... 717
3. Inhalt und Zweck der Anhörung ... 719
4. Form der Anhörung ... 721
a) Funktionelle Zuständigkeit für die Anhörung des Kindes ... 721
b) Fragestellungen und Bewertung der Antworten ... 722
c) Kindzentrierte Gesprächssituation ... 723
d) Anhörung des Kindes ohne Eltern ... 723
e) Dokumentation der Anhörung des Kindes ... 725
5. Beweismittel ... 725
6. Absehen von einer Befragung ... 725
a) Obligatorische Anhörung des Kindes ... 725
b) Keine Anhörung des Kindes ... 726
c) Kindeswohlgefährdung ... 726
d) Fehlende Verständnisfähigkeit ... 727
7. Verfahrensmangel ... 729
8. Willensäußerung des Kindes ... 730
a) Bedeutung der Willensäußerung ... 730
b) Unmündiges Kind ... 734
c) Mündiges Kind ... 735
d) Bedeutung des „beeinflussten" Willens eines Kindes ... 736
C. Verfahrensfähigkeit des Kindes ... 738
1. Eigene Verfahrensrechte ab 14 Jahren ... 738
2. Regelfall der Entscheidungsfähigkeit ... 740
3. Erreichen der Altersgrenze nach Verfahrensbeginn ... 741
4. Fehlen der verfahrensrechtlichen Handlungsfähigkeit im Ausnahmefall ... 741
5. Beschränkung auf Pflege und Erziehung sowie persönliche Kontakte ... 742
6. Antragskonkurrenz ... 743
7. Zustellungen an Kinder ab 14 Jahren ... 743
8. Vertretung im Revisionsrekursverfahren ... 744
D. Kinderbeistand ... 745
1. „Vertreter" des Kindes(willens) ... 747
2. Stärkung der Position des Kindes ... 748
3. „Die Stimme des Kindes hören" ... 749
4. Anwendungsbereich ... 750
a) Verfahren über Obsorge und persönliche Kontakte ... 750
b) Altersgrenzen ... 752
5. „Intensität" der Auseinandersetzung ... 754
a) Ermessensentscheidung ... 754
b) Emotionale Belastung des Kindes ... 754
c) Emotionale Belastung ohne „intensive" Auseinandersetzung ... 756
d) Geschwister ... 757
6. Aufgaben des Kinderbeistands ... 757

7. Person des Kinderbeistands ... 759
8. Kooperationspflicht der Eltern ... 760
9. Verschwiegenheitspflicht des Kinderbeistands ... 761
a) Stützung des Kindes unter Verschwiegenheitsbedingungen ... 761
b) Keine Weiterleitung der Äußerungen des Kindes gegen seinen Willen ... 762
c) Beweisthemenverbot ... 764
d) Umfang der Verschwiegenheitspflicht ... 765
e) Ausnahmen von der Verschwiegenheitspflicht ... 766
f) Ausnahme von der Verschwiegenheitspflicht bei Kindeswohlgefährdung? ... 766
10. Verfahrensrechtliche Position des Kinderbeistands ... 767
a) Akteneinsicht ... 768
b) Übermittlung der Anträge ... 768
c) Teilnahme an Verhandlungen ... 768
d) Teilnahme an der Befundaufnahme des Sachverständigen? ... 768
e) Kontakte des Kinderbeistands mit Dritten? ... 769
11. Bestellungsverfahren ... 769
a) Kein Antragsrecht der Parteien ... 769
b) Frühzeitige Bestellung des Kinderbeistands ... 770
c) Anfechtbarer Bestellungsbeschluss ... 771
12. Anhörung des Kindes gem § 105 AußStrG durch den Kinderbeistand? ... 771
13. Beendigung der Tätigkeit des Kinderbeistands ... 773
a) Rechtskraft der verfahrensbeendenden Entscheidung ... 774
b) Abschlussgespräch ... 775
14. Kostenregelung ... 775
IX. Entscheidungen und Durchsetzung ... 776
A. Geheimhaltungsanordnung ... 777
B. Vorläufige Regelungen nach § 107 Abs 2 AußStrG ... 779
1. Rechtsänderung mit dem KindNamRÄG 2013 ... 780
2. Vorläufige Regelungen „nach Maßgabe des Kindeswohls“ ... 781
3. Vorläufige Kontaktregelung zur Verhinderung einer Entfremdung ... 782
4. Vorläufige Regelung zur „Rechtsklarheit“ ... 783
5. Auswirkungen der vorläufigen Regelungen ... 783
6. Anwendungsfälle aus der bisherigen Rechtsprechung ... 784
7. Verfahren über vorläufige Regelungen ... 785
a) Gerichtliches Eingreifen auf Antrag und von Amts wegen ... 785
b) Bescheinigungsmittel ... 786
c) Vorläufige Verbindlichkeit und Vollstreckbarkeit ... 788
C. Gerichtliche Aufträge und Verbote ... 788
1. Unterstützungsbedarf der Eltern ... 789
2. Rechtslage vor dem KindNamRÄG 2013 ... 789
3. Rechtslage seit dem KindNamRÄG 2013 ... 790
a) Besondere Maßnahmen zur Förderung des Kindeswohls ... 790
b) Gerichtlich angeordnete Erziehungsberatung ... 794
c) Erstgespräch über Mediation ... 800
d) Erstgespräch über ein Schlichtungsverfahren ... 802
e) Teilnahme an einem Anti-Aggressions-Training ... 802
f) Anordnung einer Psychotherapie oder Familientherapie? ... 803
g) Ausreiseverbot und Hinterlegung der Reisedokumente ... 803

D. Beschluss ... 805
1. Einzelfallentscheidung ... 805
2. Umstandsänderung ... 806
3. Aktuelle Entscheidungsgrundlage ... 807
4. Besonderheiten der Kontaktregelung ... 808
5. Vorläufige Verbindlichkeit bzw Vollstreckbarkeit ... 809
E. Einzelfragen des erstinstanzlichen Verfahrens ... 810
1. Begründungslose Entscheidungsausfertigung und Obsorgedekret . 810
2. Form der Eingaben ... 812
3. Mündliche Verhandlung ... 813
4. Kein Kostenersatz ... 815
5. Keine Bindung des Pflegschaftsgerichts an strafgerichtliche Entscheidungen ... 816
F. Rechtsmittelverfahren ... 816
1. Beschwer ... 816
2. Verspäteter Rekurs ... 819
3. Revisionsrekursverfahren ... 821
G. Durchsetzung der Regelungen ... 825
1. Vollzugsvoraussetzungen ... 826
a) Außerstreitverfahren ... 826
b) Vollstreckbare Regelungen ... 826
2. Zweck der Zwangsmittel ... 829
3. Anordnung von Zwangsmitteln ... 830
4. Höhe der Geldstrafe ... 833
5. Beugehaft ... 835
6. Absehen von Zwangsmitteln ... 836

8. Kapitel: Verfahren mit Auslandsbezug

I. Verfahren mit Auslandsbezug ... 841
A. Allgemeines ... 844
B. Brüssel IIa-Verordnung ... 845
1. Obsorge und Kontaktrecht ... 845
2. Zuständigkeit der Gerichte ... 846
a) Einheitliche Zuständigkeitsregeln in der EU ... 846
b) Gewöhnlicher Aufenthalt des Kindes in Österreich ... 847
c) Unzuständigkeitsausspruch ... 848
d) Verlegung des Aufenthalts in einen anderen Staat ... 848
e) Entscheidungen über die elterliche Verantwortung bei Kindesentführung ... 848
3. Vollstreckbarerklärung einer Entscheidung ... 849
C. Haager Kinderschutzübereinkommen (KSÜ) ... 850
1. Anwendungsbereich ... 850
a) Regelung der elterlichen Verantwortung ... 850
b) Vertragsstaaten und Auslegung ... 850
c) Anwendung des KSÜ ab seinem Inkrafttreten ... 851
2. Regelungsinhalt ... 851
a) Keine materiell-rechtlichen Bestimmungen ... 851
b) Verhältnis zu sonstigen Abkommen ... 851
3. Internationale Zuständigkeit ... 852
a) Zuständigkeit der Gerichte des Aufenthaltsstaats ... 852

b) Gewöhnlicher Aufenthalt in einem Vertragsstaat 853
c) Keine perpetuatio fori 854
4. Bestimmung der gesetzlichen Obsorgeverhältnisse 855
5. Fortwirkung der gesetzlichen Obsorge bei Übersiedlung in einen anderen Staat 855
6. Anzuwendendes Recht bei gerichtlichen Maßnahmen 857
7. Eilzuständigkeit 858
8. Anerkennung und Vollstreckung von Maßnahmen 858
D. Haager Minderjährigenschutzabkommen (MSA) 859
1. Schutzmaßnahme im Vertragsstaat 859
2. Verdrängung durch das KSÜ 859
E. Europäisches Sorgerechtsübereinkommen (ESÜ) 860
1. Anwendungsbereich 860
2. Rückführung eines widerrechtlich verbrachten oder zurückgehaltenen Kindes 860
3. Anerkennung von Sorgerechtsentscheidungen 861
4. Verdrängung durch das KSÜ 862
F. Haager Kindesentführungsübereinkommen (HKÜ) 863
1. Anwendungsbereich 863
a) Kindesentziehung zwischen Vertragsstaaten 863
b) Vertragsstaaten des HKÜ 863
c) Rückführung von Kindern bis 16 Jahre 864
d) Gewöhnlicher Aufenthalt in einem Vertragsstaat 864
2. Zielsetzung des HKÜ 865
a) Kindeswohl 865
b) Wiederherstellung der ursprünglichen Verhältnisse 866
c) Sicherstellung der Sorgerechtsentscheidung im Herkunftsstaat 866
d) Internationale Zuständigkeit für Rückführungsverfahren 867
e) Antragstellung nach dem HKÜ 867
3. Modifizierung durch die Brüssel II a-Verordnung 867
a) Ergänzung des HKÜ 867
b) Wesentliche Unterschiede zwischen HKÜ und Brüssel II a-VO 869
c) Fortbestehen der Sorgerechtszuständigkeit zwischen EU-Staaten 869
aa) Kein Zuständigkeitswechsel im EU-Raum 870
bb) Befristete Fortdauer der Pflegschaftsgerichtsbarkeit 870
cc) Notkompetenz im Verhältnis zwischen EU-Staaten 871
4. Reform des Verfahrensrechts mit dem Kinder-Rückführungsgesetz 2017 872
5. Rückführung in den Herkunftsstaat 873
a) Rückführung in das Staatsgebiet 873
b) Begleitung des Kindes in den Herkunftsstaat 874
c) Keine zwingende Trennung vom betreuenden Elternteil 875
d) Zumutbarkeit der Begleitung des Kindes durch den „Entführer“ 877
6. Sperrwirkung 879
a) Keine Obsorgeentscheidung im Aufenthaltsstaat 879
b) Verstoß gegen die Sperrwirkung 880
7. Schnellverfahren 881
a) Unverzügliche Rückführung des Kindes 882
b) Anzuwendendes Verfahrensrecht 882

c) Sechs-Wochen-Frist ... 883
d) Kein Obsorgestreit ... 883
e) Keine absolute Anwaltspflicht ... 883
f) Behauptungs- und Beweislast ... 884
g) Anhörung des Kindes ... 885
h) Selbstständige Verfahrensfähigkeit Minderjähriger ... 885
i) Beschränkung der Beweismittel ... 885
j) „Neuerungsverbot" ... 886
8. Widerrechtliches Verbringen oder Zurückhalten ... 887
a) Sorgerechtsverletzung ... 887
aa) Obsorgeverhältnisse nach dem Recht des Herkunftsstaats 887
bb) Kindesentziehung durch Mitobsorgeberechtigte ... 889
b) Tatsächlich ausgeübtes (Mit-)Obsorgerecht ... 890
aa) Obsorgerechte ... 890
bb) Eingeschränkte Obsorgerechte ... 891
c) Rechtswidrigkeit der Kindesmitnahme bei Obsorge beider Eltern ... 893
d) Obsorgeverhältnisse nach dem KSÜ ... 893
e) Rechtswidrigkeit der Kindesmitnahme nach österreichischem Recht ... 893
9. Rückführungshindernisse ... 896
a) Verweigerung der Rückführung in Ausnahmefällen ... 897
b) Keine tatsächliche Ausübung des Sorgerechts ... 897
c) Zustimmung zum dauerhaften Aufenthaltswechsel ... 897
d) Kindeswohlgefährdung ... 899
aa) Konkretes Kindesinteresse ... 899
bb) Ausnahmetatbestand ... 902
cc) Beweislast des „entführenden" Elternteils ... 902
dd) Fälle einer Kindeswohlgefährdung oder Unzumutbarkeit gem Art 13 HKÜ ... 903
e) Ergänzung des HKÜ durch die Brüssel II a-Verordnung ... 904
f) Entscheidung über das Aufenthaltsbestimmungsrecht im Herkunftsstaat ... 905
10. Wunsch des Kindes ... 906
11. Kosten des Verfahrens ... 907
12. Vollstreckung der Rückführungsanordnung ... 908
a) Verbindung der Rückführungs- und Durchsetzungsanordnung ... 908
b) Vorgangsweise bei der Rückführung des Kindes ... 909
aa) Vollstreckung der Rückführungsanordnung nach § 110 AußStrG ... 909
bb) Aufforderung zur Rückführung des Kindes ... 910
cc) Kindesabnahme ... 910
c) Keine Durchsetzung der Rückführungsanordnung ... 911
aa) Schwerwiegende Kindeswohlgefährdung ... 911
bb) Sachverhaltsänderung nach der Rückführungsanordnung ... 911
cc) Obsorgeentscheidung im Herkunftsstaat ... 912
d) „Overruling" durch Gerichte des Herkunftsstaats ... 913

Stichwortverzeichnis ... 915